

ten laut Gesetz alle erwerbenden Anwartschaften als aufrecht erhalten. In den Jahren ab 1924 müssen aber zur Sicherung der Anwartschaft die je nach der Versicherungsdauer vorgeschriebenen 8 bezw. 4 Markten verwendet sein. Gemäß § 55 des Versicherungsgesetzes für Angestellte lebt die Anwartschaft wieder auf, wenn der Versicherungsnehmer die erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachträglich, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge folgen. Bis Ende 1926 können also rückwärtige Beiträge für das Jahr 1924 noch entrichtet werden.

Wegen näherer Auskunft über alle Angelegenheiten der Angestellten-Versicherung siehe man sich mit dem Ortsausschuß Magdeburg, dessen Büro sich Baenschstr. 8 pr. r. befindet, in Verbindung. Beim Ortsausschuß sind auch Auskünfte über Beitragsleistung, Beitragsverfahren, Rentenansprüche usw. einzuholen.

Die Republik in Salzwedel.

Eine demokratische Anfrage.
Die Mitglieder der demokratischen Fraktion des Preussischen Landtags haben nachstehende kleine Anfrage eingebracht:

„Nach unwidersprochenen Meldungen der Ortspresse, insbesondere des Salzwedeler Wochenblattes“ vom 4. Oktober 1926 hat der Studienrat am staatlichen Gymnasium in Salzwedel, Dr. Adler, auf einem Kommers in Salzwedel folgendes ausgeführt:

„Meine Hoffnung ist, daß dereinst wieder die Fahne schwarz-weiß-rot über dem Lande weht, daß wir uns wieder um einen deutschen Kaiser scharen und es wieder heißt: ein Gott, ein Kaiser, ein Vaterland!“

Wir fragen das Staatsministerium:

1. In welcher Weise wird am staatlichen Gymnasium in Salzwedel die republikanische Gesinnung geweckt und gepflegt?

2. Hält das Staatsministerium solche Erklärungen seiner Beamten vor der Öffentlichkeit für zweckdienlich und für eine Stärkung des republikanischen Gedankens?“

Nichts kommt von selbst,

auch die Verbreitung unserer

Wochenschrift

müß erarbeitet werden.

Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!

Probefläche durch den Verlag

Magdeburg, Breiterweg 139/140

Genthin. (Herabsetzung der Gewerbesteuer.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Gewerbesteuer von 600 Prozent auf 400 Prozent zu ermäßigen.

Genthin. Der Kreis Jerichow II hat beschlossen, unter Ausnutzung der durch Girozentrale geschaffenen Möglichkeit 500 000 M für die Hochwassergeschädigten des Kreises gegen einen billigen Zinssfuß zu verausgaben.

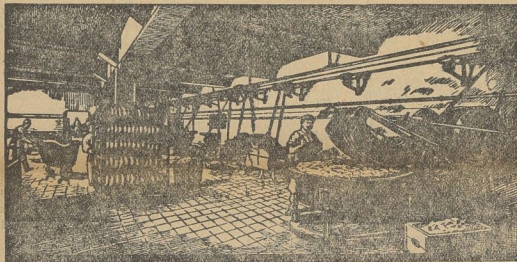
Groß-Lübars. Unter Parteifreund, Gastwirt Brink, wurde zum Amisvorbeisitzstellvertreter durch den Kreistag gewählt.

Burg. In der letzten Kreistagsitzung wurden verschiedene Wahlen vorgenommen, die auch anderer Partei mitbedeuten einige Erfolge brachten. So wurden u. a. unser Freund Gastwirt Brink zum Amisvorbeisitzstellvertreter in G. Lübars und der Gärtnermeister Alf r als Amisvorbeisitzstellvertreter in Balfrenenburg gewählt. In den Steuerzuschuß für den 5. Bezirk Gütergüt wurde unser Parteifreund Lehrer Ze m l e gewählt und für das Schwaan für den Rott und Fiehgarten unser Freund Landwirt Cle w o, Mödern gewählt. Die Vertauungsteuerordnung wurde angenommen, dafür stimmten 5 Mitglieder der Reichsfaktion. Ferner beschloß der Kreistag ein Darlehen in Höhe von 200 000 M aufzunehmen, das den Hochwassergeschädigten mit 5 Proz. Zinsen zur Verfügung gestellt wird. In Sachen des Umbaus der Kleinbahn hat der Magistrat der Stadt Burg vom Landeshauptamt nachstehenden Beschloß erhalten:

„Dem Beschlusse des 41. Provinziallandtages entsprechend, wird von mir das Projekt des Umbaus der Burger Kreisbahnen von Schmalpur in Normalspur so gefördert werden, daß der entgeltliche Sonderentwurf spätestens bis zum Zutritt des nächsten Provinziallandtages fertiggestellt ist. Die Teilfreken Burg-Biear und Biear-Magdeburgerforst sind im entgeltlichen Entwurf bereits so weit getrieben, daß sie in alternativer Zeit dem Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg zur landespolizeilichen Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden können. Dem nächsten Provinziallandtage wird eine eingehende Vorlage über den Umbau des gesamten Kleinbahnnetzes der Kreise Jerichow I und Burg unterbreitet werden. Es wird also dem Beschlusse des 41. Provinziallandtages in jeder Weise entsprochen.“

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig W a n s, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch

- | | |
|---|---|
| Rouladen Pfd. 100 Pfg. | Rossbeef Pfd. 80 Pfg. |
| Filet Pfd. 100 Pfg. | Hohe Rippe Pfd. 75 Pfg. |
| Schmorfleisch Pfd. 90 Pfg. | Rossfleisch Pfd. 66 Pfg. |

Frisches Schweinefleisch

in allen Lagern.
Prima Hammelgefrüerfleisch
beste Qualität.

Fleisch- und Wurstwaren

in bester Qualität.
Zu ganz besonders billigen Preisen empfehlenswert:
Speck fetter, geräuchert . . das Pfund **130** Pfg.
Erfülllich in allen Lagern.

Standuhren billig!

Teilzahlung gestattet.
Fuchel & Vorbau,
Kl. Steinernerstraße 17 Werkstatt.

Siebert & Würbach :: Magdeburg.
Anhaber: Richard Siebert

Große Mäuzstraße 16. Fernsprecher 7230
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
Wein und Spirituosen.
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weineißig.
Frankfurter Apfelwein von Adam Rantes
— Lieferung frei Haus.

Wir fertigen
Drucksachen
für jeden Bedarf
schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alpers,
Delitzsch.
Fernruf 466.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Büttner.
Windjacken — Brecheschosen
Arbeiterbekleidung
sehr billig nur in
PRESSLERS TEXTILHALLE
Buttergasse 8.

Park-Restaurant Herrenkrug

Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgesang

berühmt durch seinen walden Baum-
bestand und durch seine wunderschönen
Reise- und Schilfen-Anlagen, die be-
deutendsten der Provinz.

Gesellschafts-Ball.

Gebrüder Limmer

Schwerfegerstraße 13
Pelze
Pelzjacken, Mäntel
— Alle Arten Pelzschmuck —
Besätze
Große Auswahl — Billige Preise
Umarbeitungen.

Vornehm, Herrenzimmer, kein Maßstab
Eigens, Herrenzimmer, auch hoch billig!
Einhorn u. Ausführung, Ringshausen
Geh. Einbergerstr. 255, 3. St. u. 3. St. u. 3. St.

Fußbodenholzmatten

Jalousien, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

Auto-Privat-Fahrschule

Oh.-Ing. Va. Bohand
bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen
zu kulantesten Bedingungen aus.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
— Eintritt jeder Zeit. —
Tel. 6354. Tel. 6354.

Büroräume gesucht

möglichst Zentrum und gute Verkehrslage.
Benötigt werden zwei kleinere Büroräume und
ein größerer Raum, der für kleinere Sitzungen und
Besprechungen geeignet ist. Zentralheizung erwünscht.
Auch Räume, die von einer großen Wohnung ab-
getrennt werden können, kommen in Frage.
Umgegend Offerte unter Nr. 220 an die
Expedition des Blattes.

Konsumverein

für Magdeburg u. Umg.
Jacobstraße 42

- | | |
|---|---|
| Gummi-Mäntel 19.50
für Herren, braun | Gummi-Mäntel 24.00
für Herren, mode und grau |
| Gummi-Mäntel 29.50
für Herren, sehr gut | Lederol-Mäntel 22.50
für Damen, wasserföcht. |
| Gummi-Mäntel 37.50
für Damen | Loden-Mäntel
für Damen und Herren in diversen Preislagen. |

Stamm

der mittl
schlitten
Wir emp
konnen
der Ball
aus verbr
erle schar
frage, glau
sich muß
hüßige Wör
schlechter
ach eine Ju
aus andere
Ginn
ter von K
weiter W
und hat
et, daß e
ergründet
Deutschl
nicht fre
Männern
den ober
Wir mi
notwendig
hissen Bra
planen un
sinnswel
entföliche
tomm, wenn
die Antwor
wehe hat
Noch
höf, und
hissen Gr
der Möglic
apellen.
er wenig
systems als
uns und
Limburg in
hd. Wir
dort nicht
allerdings
verfand in
hissen hoben
Wir
dort nicht
allerdings
in den
schögliche
süßen der
Deutschl
Hilfsverbr
Silberberg,
im Beginn
Deutschl
Ich sag
dem Wör
die sehen,
schweizer S
Wir leben
einer Länd
aus polit
Lagen
Wirtschaft
ber der
auf dem
schwierig
es Bezahl
Internat
über gel
auf dem
die Wagn
eine lof
es Gebir
Wern
süßen No
ber die
Kamen
den W
den Klein
spergese
schwierig
er Gese
den Freie
Wern
süß gibt
den ver
süßliche

Dr. Hummel

über

Europäische Wirtschaftsfragen.

(Fortsetzung)

Wir wissen auch, daß es eine Reihe von anderen Mitteln gibt, die von manchen „Freunden der Wirtschaft“ empfohlen werden.

Wir stehen, wie ich glaube, heute nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt vor der Kontroverse: Ist der Kapitalismus, die Kapitalwirtschaft, und wir dürfen uns darüber gar nicht täuschen, daß es in dieser Kontroverse scharf Farbe bekennen heißt. Es gibt in dieser Frage, glaube ich, wenn es uns um die europäische und deutsche Wirtschaft zu tun ist, gar kein Ausweichen mehr. Man muß sich ganz klar darüber werden: Ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem wir uns befinden, aufrechtzuerhalten, hat diese kapitalistische Wirtschaftsform noch eine Zukunft, oder ist sie zu bekämpfen oder durch etwas anderes zu ersetzen?

Etwas ganz Gefährliches in diesen Dingen ist diese Art von Kapitalismus, die sich in der Beurteilung unserer Wirtschaftssysteme heute dreinmischen. Herr Wieland hat in seinen Ausführungen noch nicht schon angedeutet, daß es eine außerordentlich gefährliche Auffassung ist, anzunehmen, man könne die Wirtschaft in Europa und Deutschland dadurch lenken, daß man einseitig Sozialpolitik treibe. Ich glaube, das sind alles Gedanken von Männern, die öffentlich Wasser predigen und im Geheimen aber Wein trinken.

Wir müssen uns ganz klar machen: Ist es möglich, notwendig und nützlich für uns, den Weg der kapitalistischen Produktionsweise weiter zu beschreiten, sind wir gekommen und entschlossen, auf den Boden dieser Produktionsweise auch weiterhin zu treten, aber wollen wir sozialistische Wege gehen? Und ich glaube, in dieser Frage kann, wenn man die Wirtschaft selbst betrachtet, für uns die Antwort nur lauten: die kapitalistische Produktion, so wie sie ihre Mission für die Welt noch längst nicht erfüllt. Noch ist ihr Kern gesund. Noch ist sie entwicklungs-fähig, und noch stehen wir nicht am Ende der kapitalistischen Entwicklung, sondern noch stehen wir mitten in der Möglichkeit, sie den Entwicklungen der Zukunft anzupassen. Die jetzige Krise, in der wir uns befinden, ist viel weniger verursacht durch Mängel des kapitalistischen Systems als durch die falsche Politik des Verfallers Friedens und durch die politischen Einflüsse, die durch den Umsturz in Rußland auf dem Boden Europas entstanden sind. Wir wollen es, glaube ich, als Männer der Wirtschaft nicht leugnen, daß manche Führer der Wirtschaft ja allerdings aus einer Kapazität von Eigeninn und Unverständnis in politischen und wirtschaftlichen Dingen befehlen haben, würdig eines Sieres von Ur. (Heiterkeit.)

Aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht vergessen, daß der Wirtschaft gegenüber in den letzten Jahren eine Auffassung zum Ausdruck gebracht worden ist, die es verständlich macht, daß man misstrauisch geworden ist in den Kreisen der Wirtschaft gegen die Politik, und ich begreife es deshalb genau wie Herr Wieland als ein Zeichen der beginnenden Gesundung unserer Verhältnisse in Deutschland und Europa, daß von einer Stelle, vom Reichsverband der Deutschen Industrie, durch Herrn Ziegenberg, die Worte gesprochen worden sind, die wir an Beginn einer neuen parteipolitischen Entwicklung in Deutschland beobachten.

Ich sagte also, die Gründe der Krise unserer europäischen Wirtschaft liegen auf den verschiedensten Gebieten. Wir sehen, wie der innere Zustand, der politische Zustand einzelner Staaten in Europa es ist, der sie verursacht. Wir sehen vor allem, daß die zerrütteten Währungen einzelner Länder Europas, Währungen, die zerrüttet sind aus politischen Gründen, und deren Folgen die Wirtschaft zu tragen hat, — mit die Hauptursache der Krise der Wirtschaft sind. Es ist doch ganz verständlich, daß, nachdem der normale Verlauf der Weltwirtschaft und der Weltmarkt durch den Weltkrieg und die Maßnahmen des Verfallers Friedens erschüttert worden ist, nachdem es internationale Vertrauen in die Währung einzelner Länder geschwunden ist, nachdem der Verkehr der Waren auf dem Weltmarkt durch Einfuhrverbote, durch politische Maßnahmen der Siegerländer durchbrochen worden ist, eine solche Gesamtsituation der normalen Funktionen des Geld- und Warenverkehrs nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Wirtschaft selbst bleiben konnte.

Wenn wir an die Zustände in den Vereinigten Staaten Nordamerikas denken, und wenn wir demgegenüber die politische Organisation Europas betrachten, können wir doch nur sagen, daß Europa im Vergleich zu den Vereinigten Staaten Nordamerikas ein Verband von Kleinstaaten ist, und diese Kleinstaaterei mit den ausgesprochenen Spezialinteressen der einzelnen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete, die politischen Maßnahmen an den Grenzen dieser kleinen Länder, das alles ist es, was in freier Welt auf europäischem Boden behindert.

Wenn man sich nun demgegenüber fragt, ob es ihnen Seg gibt, die Verhältnisse zu ändern, so sind ja auch schon die verschiedensten Vorschläge aufgetaucht.

Man denkt an eine europäische Zollunion. Es wird von den Vereinigten Staaten Europas gesprochen. Und der, der in seinen Gedanken am weitesten geht, sieht ein Panuropa als einen Einheitsstaat vor seinen Augen.

Ich glaube, daß das zunächst Ideen sind, deren unmittelbare Bewirkung durch praktische Maßnahmen nicht möglich sein dürfte. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß diese Ideen einen richtigen Kern enthalten und daß der richtige Weg hinwiese. Ich bin der Meinung, daß die nationalen Sympathien und die nationalen Antipathien der Länder Europas gegeneinander zunächst nicht verschwinden werden. Es muß aber einen Weg geben, auf dem jeder seinen Vorteil findet, denn wir wollen die Menschen ja nicht besser machen, als sie sind. Es muß einen Weg geben, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der europäischen Länder festzustellen und den Grundhaft zugrunde zu legen, daß es jedem am besten geht, wenn es allen gut geht.

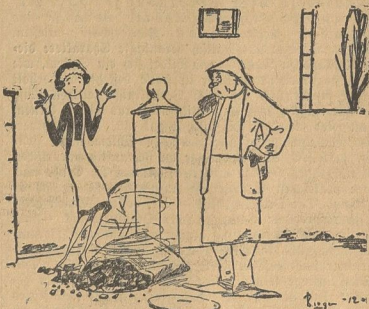
Ich habe auf dem Internationalen Schiffahrtskongress in Basel den Gedanken ausgesprochen, daß die Wirtschaft der europäischen Länder in dieser Hinsicht eine große ist, und daß sie Segen stiften kann. Im Gegensatz zu den Juristen, Professoren und Soldaten, deren Aufgabe es ist, miteinander im Streite zu liegen (Heiterkeit), ist es die Aufgabe der Wirtschaft, durch Kooperation die gemeinsamen Interessen zur Durchführung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Wenn man diesen Gedanken vor 5 oder 6 Jahren zum Ausdruck gebracht hat, ist man einer gewissen Verständnislosigkeit begegnet. Es war mir aber damals schon klar, daß die Schwierigkeit, die ehemals feindlichen Ländern zu einer Verständigung zu bringen, vor allem daran lag, daß es an der wirtschaftlichen Verständigung der Länder gefehlt hat. Es konnte eine Verständigung in Europa nach dem Kriege erst stattfinden, als es möglich geworden war, die Streitpunkte, die in der europäischen Wirtschaft vorhanden sind, festzustellen und den Weg zu finden, diese Streitpunkte auszugleichen. Und alle diese Dinge konnten ja gar nicht anders erreicht werden als dadurch, daß eben die Männer der Wirtschaft selbst sich an den gemeinsamen Tisch setzen und besprechen. Es war unentbehrlich, daß diese wirtschaftliche Verständigung, zu der die intimste Kenntnis wirtschaftlicher Vorgänge gehört, durch die politischen Kabinette aufgedrückt werden kann. Und erst als man den Weg gefunden hatte, die Männer der Wirtschaft an den gemeinsamen Tisch zu bringen, war es auch möglich, nach Festlegung der wirtschaftlichen Gegensätze den Weg zu finden, diese Gegensätze auszugleichen. Und so sehen wir hier ein Verfahren, das imstande ist, gewisse krisenhafte Zustände der Wirtschaft in Europa durch diese Abreden zu beseitigen.

Aber viel wichtiger scheint mir zu sein, daß die Länder mit fester Währung und mit gesunder Wirtschaft es jetzt als ihre Aufgabe betrachten, den Ländern mit wankender Währung bei der Stabilisierung behilflich zu sein. Wir werden den europäischen Warenaustausch nicht eher wieder in Gang bringen, als bis die Länder mit wankender Währung wieder eine stabile Währung besitzen. Wir werden keinen politischen und französischen Handelsvertrag mit wirtschaftlichen Vorteilen für uns abschließen können, solange in diesen Ländern nicht eine stabile Währung vorhanden ist (Sehr richtig!). Und so ist es eine falsche Freude, zu sagen, es geschieht den Franzosen ganz recht, daß ihre Franz nicht wird (Sehr richtig!). Das ist eben ein Satz, ganz ähnlich dem Satze: das geschieht meinem Vater ganz recht, daß ich an die Hände friere, warum lauft er mit seine Handschuhe (Heiterkeit).

Schluß folgt.

Humor des Auslandes.



Rahlenmann: „Nanu, es gingen doch sonst 44 Sad in den Keller, und heute nur 43?“
Dienstmädchen: „Am Gottes Willen, der Hausherr war ja im Keller, als Sie kamen!“

Aus Parlamenten und Parteien

Das Landessekretariat der Demokratischen Partei Heßen-Darmstadt ist neu zu besetzen. Meldungen, insbesondere von Bewerbern, die mit den Verhältnissen in Süd- und Südbadensland vertraut sind, an das Parteibüro Darmstadt, Waldstr. 45.

Erwähnt!

Der demokratische Führer, Abgeordneter Ertelenz, erläßt im September-Heft „Der Demokrat“ einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

Wacht auf!

Es ist Zeit, höchste Zeit, daß das Organisationsleben der Partei wieder in die Bahnen normaler Rührigkeit einleitet. Oft ist der Eifer des demokratischen Führer größer als die Untätigkeit der Mitglieder.

Finanzen.

Sind die Finanzen endlich geordnet, die Schulden bezahlt? Wo das noch nicht geschehen, sollte es baldigst nachgeholt werden. Organisationen, die im Herbst nach Schulden haben, sind selbst schuld, weil sie nicht genügend gearbeitet haben.

Reisereisen für den Kampf im Winter.

Wo die Schulden bezahlt sind, heißt es, einen kleinen Fonds anzufammeln für die Winterarbeit. Woher kommt dieser Fonds? Zunächst aus den rüftständigen Mitgliederbeiträgen. Wir kennen Gruppen, in denen 6 Monate und länger keine Beiträge eingezogen sind. Dann gilt es, den Fonds zu speisen aus Sammlungen, Umfragen usw. bei Mitgliedern und Freunden. Wo man zugreift, ist es leicht möglich, einen Fonds von vier bis fünf Mark pro Mitglied anzufammeln.

Der Wahlkreis.

Auch der Wahlkreis braucht Geld. Sind die sachungsmäßigen Beiträge schon abgeführt? Andere Organisation weckt von unten nach oben und so muß sie auch finanziert werden.

Die Demokratische Reichstagsfraktion an Seevering.

Die Demokratische Reichstagsfraktion (Ertelenz, Nönnenburg) hat an den Staatsminister a. D. Seevering das nachstehende Telegramm gerichtet: „Die Demokratische Reichstagsfraktion bedauert lebhaft, daß Sie infolge Ihrer erschütterten Gesundheit aus ihrem Amte scheiden mußten. Sie dankt Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie dem Staat in schwerer Zeit geleistet haben und wünscht Ihnen baldige und völlige Wiederherstellung.“

Gleichzeitig hat die Demokratische Reichstagsfraktion dem neuen preussischen Minister des Innern, Grafenstift, zur Uebernahme seines Amtes ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Beispiel im Personalreferat des Preussischen Innenministeriums.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ tritt in der Personalabteilung des Preussischen Innenministeriums infolge einer wichtigen Aenderung ein, als der bisherige Referent Obergierungsrat Schmeißer zum Kommissarischen Landrat in Kirchberg ernannt worden ist. Schmeißer hatte bisher das wichtige Referat über Regierungsaffären und Regierungsförderarbeit inne. Es ist zu hoffen, daß der neue Minister des Innern an diese Stelle einen Mann setzen wird, der dafür Sorge trägt, daß auch befähigten Republikanern der Eins tritt in den Staatsdienst offen steht.

Sobem erschienen:

Friedrich Naumann - Kalender

für das Jahr 1927

Preis 85 Pfg.

Bestellungen nehmen entgegen:

Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei Berlin SW. 11, Bernburger Straße 18, sowie die Reichsgeschäftsstellen Magdeburg, Preisweg 138/140 und Halle, Leipziger Straße 21.

Demokratische Ehrung für Preuß.

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei ließ als Anlaß der ersten Wiederkehr des Todestages von Hugo Preuß an seinem Grabe auf dem Urnenfriedhof in der Gerichtstraße einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegen.

Grundsteinlegung des Friedrich-Naumann-Hauses.

In Wittenbach, in der Nähe von Regensburg, fand die feierliche Grundsteinlegung des ersten Friedrich-Naumann-Hauses in Deutschland statt, das von der Deutschen Demokratischen Partei Regensburg als Erholungsheim errichtet wird. Stadtrat Karl Staudinger-Regensburg begrüßte die feierliche Festversammlung. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Oberpfalz und Niederbayern der Deutschen Demokratischen Partei, Jacob Zint, überbrachte die demokratischen Grüße des Wahlkreises. Otto Stünd-Nürnberg wies in seiner Rede darauf hin, wie schwer Naumann für sein nationalpolitisches Ideal gekämpft haben mußte. Jetzt nach seinem Tode würden mehr und mehr in der deutschen Volks seine Gedanken als richtig etc.

lannt. Das neue Haus soll ein echtes und rechtes Demokratenheim werden, eine Burg für Demokratie und Republik mitten in Bayern. Das Haus wird voraussichtlich schon in wenigen Monaten vollendet werden können.

Automatische Fernsprechanlage im Reichstag.

Im Reichstag ist die Fernzentrale dazu benutzt worden, einen neuen automatischen Fernsprechtarif einzurichten, der mit dem Wiederbeginn der Sitzungen fertiggestellt sein wird.

Reichsminister Dr. Kütz' Silberne Hochzeit.

Der Reichsminister des Innern Dr. Kütz beging am 15. Oktober das Fest der Silbernen Hochzeit.

**Parteinachrichten
Bezirk Halle.**

Gewerblicher Mittelstand und Magistrat in Halle.

Scharfer Protest gegen die Haltung des Magistrats. — Ersparungen mit dem Ordnungsbuch.

Die Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Handwerkerbundes hat einen Protestschreiben herausgegeben, in der in sehr scharfer Form gegen die Haltung des Magistrats und gegen die bisherige städtische Wirtschaftspolitik Stellung genommen wird. Die Darlegungen richten sich neben den Beschwerden über die hohen Gewerbesteuerzuschläge und den Ausbau von städtischen Regiebetrieben in ganz augencheinlicher Weise dagegen, daß der Magistrat jegliche Verhandlungen abgelehnt und so eine maßlose Erregung geschaffen habe, die, wenn nicht Abhilfe geschieht, nach Ansicht der Protestierer zu starken Ersparungen führen müsse. Folgt man dem Inhalt der Schrift, so wird darüber gesagt, daß Sandwert und Gewerbe durch die Steuerzuschläge in ihrer Existenz bedroht und zu einer Preissteigerung gezwungen würden, die letzten Endes wieder die Konsumenten erheblich belastet und dadurch einen Mangel des Konsums herbeiführt. Ganz wesentlich geschädigt aber würde die Wirtschaftskraft des Mittelstandes durch städtische Konkurrenzbetriebe größten und folgenschwersten Umfanges. Eine derartige städtische Wirtschaftspolitik sei grundsätzlich, denn während man auf der einen Seite den gewerblichen Mittelstand als immer wesentliche Steuerquelle betrachte, bringe man diese auf der anderen Seite durch eine unerhörte städtische Regiepolitik selbst zum Erliegen.

Diese Klagen des gewerblichen Mittelstandes sind wiederholt erhoben worden und wurden besonders dadurch verstärkt, daß der Magistrat in seinen letzten Steuerbescheiden das zwei, drei, ja vierfache der Vorauszahlungen forderte und trotz aller Einwendungen besonders derjenigen Stadtverordneten, die der Demokratischen Partei angehören, im Gremium des sogenannten Ordnungsbuchs

**Streiflichter aus dem Stadtparlament.
Vertagung des Kampfes um die Gewerbesteuer. — Neue Büroräume für die städtische Verwaltung.**

Magdeburg, den 14. Oktober.

Schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte die demokratische Fraktion eine Interpellation darüber angefündet, in welcher Weise der Magistrat den Forderungen der Gewerbesteuer abgeben wolle, die einesteils die nachträgliche Veranlagung und die dadurch bedingten Nachzahlungen für das verlassene Jahr, andererseits aber auch durch den schlechten Geschäftsgang im laufenden Jahre hervorgerufen worden sind, die es den Steuerpflichtigen fast zur Unmöglichkeit macht, ihren Steuerpflichtigkeiten nachzukommen. Durch das jetzt vom Magistrat bekannt gegebene Ergebnis der Veranlagung für das Jahr 1926 hat die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalten, daß die Gewerbesteuer nicht weniger als anderthalb Millionen Mark mehr einbringt als der Finanzdebernent bei den Stadtberatungen veranschlagt hatte. Veranschlagt war der Ertrag auf 4 700 000 Mark. Nach dem Veranlagungsergebnis beträgt aber das voraussichtliche Aufkommen nicht weniger als 6 240 000 Mark, also ein rundes Drittel mehr als der Magistrat gefordert hatte. Schon bei den Beratungen hatte der Sprecher der Demokraten, Stadt. Bühler, vom Magistrat eine Zusicherung verlangt, daß ein vorausschätzliches Mehraufkommen zu einer Entlastung der Zuschläge verwendet werden sollte. Eine bindende Zusage hatte nun zwar damals der Magistrat in dieser Hinsicht nicht gegeben, sondern nur sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Wie es mit diesem Wohlwollen bestellt ist, ist jetzt aus seiner Haltung gegenüber den Anträgen der Demokraten auf Niederlegung derjenigen Steuerbeträge der Gewerbesteuer, und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Aufkommen gegenüber dem Veranschlag übersteigert. Weiter forderten die Demokraten Niederlegung derjenigen Steuerbeträge, die als Schulzinsen, Mieten und Pachtzinsgebühren veranlagt worden sind, und zwar auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers. Der Magistrat zeigte diesen Wünschen der Demokraten gegenüber die kalte Schulter. Auch die Rechtsparterei hatten einen Antrag auf Ermäßigung der Gewerbesteuer eingebracht, der bei seiner wenig glücklichen Fassung von vornherein aber wenig Aussicht auf Annahme hatte.

Im Haushaltsausschuß hatte es außerordentlich heftige Kämpfe gegeben, da die Sozialdemokraten keiner Genehmigung zeigten, der Not des Gemeinbes Rechnung zu tragen. Auch am Donnerstag gelangte der Haushaltsausschuß zu keiner Einigung. Fast vier Stunden dauerten seine Beratungen, dann wurde auf Wunsch der Sozialdemokraten die Beratung der Anträge auf Ermäßigung der Gewerbesteuer bis zur nächsten Sitzung am kommenden Donnerstag vertagt, da sich die sozialdemokratische Fraktion nach der Erklärung ihres Sprechers erst über die Auswirkungen der beantragten Ermäßigungen Klarheit verschaffen will.

Während der Magistrat eine Ermäßigung der Gewerbesteuer mit der Begründung ablehnt, daß er die Mehraufkommen zur Deckung der inzwischen eingetretene Etatsüberschreitungen braucht, ließ er zur gleichen Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage ausgeben, in der er einen Betrag von 25 000 M für Büroverlegung forderte. Die Demokraten stellten sich auf den nur aus berechtigten Standpunkt, daß heute jede nur einigermaßen entbehrliche Ausgabe vermieden werden müsse, und sahen daher den Antrag ab. Die Rechtsparterei stand auf dem gleichen Standpunkt. Sozialdemokraten und Kommunisten halfen aber dem Magistratsantrage zu Annahme.

Von besonderer Bedeutung ist noch die Gewährung eines Zuschusses von 100 000 Mark als einmalige Beihilfe zu den Kosten des Umbaus des Wilhelmshofes der Wilhelmshofgenossenschaft und die Erhöhung des laufenden Zuschusses von 10 000 Mark auf 25 000 Mark zu erwähnen. Die demokratische Fraktion hatte schon in verflochtenen Jahre die Einlegung einer ersten Bauroa von 150 000 Mark in den Etat für den Bau eines neuen Hallenbades beantragt. Die schwierige Finanzlage der Stadt hatte die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich gemacht. Die Entwidelung der Zustände hat aber gelehrt, daß der Bau eines neuen Hallenbades sich nicht mehr länger hinausziehen läßt, wenn die Gesundheitspflege und ferer Bevölkerung nicht dauernden Schaden erleiden so

ist aus folgendem Protest ersichtlich. Es heißt in der Schrift:

„Das Handwerk erblickt in der Auskunftsverweigerung des Magistrats eine gräßliche Mißachtung gegenüber den Kreisen, für deren Wohl er besorgt sein sollte.“

Außerdem stellt die Schrift dann noch fest, daß der Magistrat auf eine an ihn vom Handwerkerbund wegen einer Besprechung gerichtete Einladung nicht nur nicht erschienen, sondern nicht einmal eine Empfangsbefähigung oder Abgabe erteilt habe und daß man sich nunmehr mit dieser Protestschrift unter Uebergebung des Magistrats direkt an die Stadtverordneten wende.

Schärfere Gegenläufe zwischen einer großen Schicht der Bürgerschaft und dem Magistrat lassen sich nicht denken. Wie konnte es aber soweit kommen? Man wird sich erinnern, daß bei den vorigen Stadtverordnetenwahlen sowohl vom Magistrat als auch von statten Schichten der Bürgerwelt alles Teil von einer Zusammenfassung aller Stadtverordneten die nicht den Sozialdemokraten und Kommunisten angehören, in einem sogenannten Ordnungsbuch erwartet wurde. Widerspruchende Ansichten wurden entweder nicht gehört oder gar als absichtlich störend für ein erpriesliches Zusammenarbeiten von Magistrat und Stadtverordneten bezeichnet. Es kam also der sogenannte „Ordnungsbuch“, in dem nach vieler Mühe die einzelnen Interessentenvertreter aufgestellt wurden. Anfanglich sollte er ein unüberwindliches Bollwerk oder wenigstens ein Gegenstand gegen die Linke bilden. Man verzog dabei aber, daß zu einer für die Bürgerschaft ersprießlichen Stadtpolitik in Halle vor allen Dingen auch ein Gegengewicht gegen Gelüste nach einer Magistrats-herrschaft nötig ist und daß dieses Gegengewicht nur dann in Tätigkeit treten kann, wenn die Ansichten der von den einzelnen Parteien und Gruppen gewählten Abgeordneten frei hervortreten und bei den Abstimmungen wirksam werden können, ohne von den geschriebenen oder ungeschriebenen Vorschriften eines Ordnungsbuchs eingengt zu werden. Von diesem aus saßen viel zu viel Verbindungen zum Magistrat und auch umgekehrt, als das sie eine wirklich freie Vertretung der Bürgerschaft zuließen. Machen sich dann automatisch veranlagte Charaktere diesen Umstand zu Nutze, dann bildet sich ein System, wie es in der Stadtverwaltung in Halle besteht, wiederholt gerügt wurde und schließlich Verhältnisse zeitigen muß, die unerträglich werden. Will man aus diesen lernen, dann wird man also in Zukunft gut tun, bei Stadtverordnetenwahlen nicht nur gewisse Gesichtsmomente sprechen zu lassen und von einer an sich wenig natürlichen Verbindung alles Heil zu erwarten, sondern die Dinge nach ihrer praktischen Auswirkung anzusehen und danach zu handeln. Der Ordnungsbuch — mit vollem Namen heißt er ja wohl sogar Verwaltschaft — mit vollem Namen heißt er ja wohl sogar Verwaltschaft — hat die praktische Auswirkung einer auf inneren Verantwor tungsgesicht beruhenden Tätigkeit der Bürgerchaftsvertreter nicht gefördert. Er ist vielmehr in sehr vielen Fällen infolge seiner Vorklarrheit ein Hemmnis gewesen. Und die Tatsache, daß gerade in der Zeit seines Bestehens die Bürgerschaft sich so gut wie einmütig gegen ein Herrensystem innerhalb des Magistrats wehren muß, spricht gewiß nicht zu seinen Gunsten. Setzt er künftig wieder einmal zur Debatte, dann lasse man also diese Erfahrungen mit ihm auf sich wirken.

Der Baby-Bibi-Bibi und die Mode.

Von G. Jacob-Margella-Berlin.
Wenn du willst gekleidet sein, wie es sich gehört, wähle nie den Hut zu klein! Glaube mir, es ist, wenn auf einem großen Kopf sich ein Baby-Hut, ein Schopf der Frauen Bibi-Schopf den bedeckt man gut. Überall sonst auf der Welt deckt ein Hut das Haar, der nicht gleich dem Kopfe fällt, bläst der Wind. Fürwahr es ist gut für jedermann, daß der Hut auch paßt, weil du sonst dann und wann auch mal Kopfwich hast. Nicht zu klein und nicht zu groß soll der „Deckel“ sein. Nur dann sitzt er tadellos, ist modern und fein. Mit dem „Bibi“ auf dem Haupt tanzt doch nur der Clown. Und der irrt sich, der da glaubt, anders auszuhausen, wenn auf seinem dichten Schopf ein Baby-Bibi schwannt. Drum lerne, daß auf deinem Kopf der richtige „Häuptling“ krönt.

Jungdemokraten Halle
Sonabend, den 23. Oktober, im „St. Nicolaus“
Herbstbergnügen
Kabarett — Ball
Eintritt 1.— Mk. Tanz frei.
Beginn 7 Uhr.
Sanzportkapelle Karl Naumann
Mitglieder und Freunde des Vereins der D. D. P. in Halle werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

aber zu dessen Fraktion zählen, mit nicht zu überwindlicher Fähigkeit an einem Gewerbeertragssteuerzuschlag von 550 Prozent festhält. Es ist erinnerlich, daß der Mittelstand aus diesem Anlaß eine Protestversammlung abhielt und daß bei einzelnen Disquisitionsrednern das Temperament hierbei etwas durchging. Es wird auch weiter erinnerlich sein, daß die vom Magistrat abgegebene Erklärung, die Steuerpflichtigen hätten sich in weiser Voraussicht der Dinge die geforderten Nachzahlungsbeträge ja ersparen und reservieren können, die Erregung nicht eindämmte, sondern geradezu herausfordernd. Ganz unverständlich aber wurde die Haltung des Magistrats, als er die eine persönliche Unterredung nachgehenden Vertreter des gewerblichen Mittelstandes einfach vor der Tür stehen ließ und jede Verhandlung und Aussprache ablehnte. Nicht einmal zu einer schriftlichen Antwort an die Anfragenden ist er zu bewegen gewesen.

Kann man es dem gewerblichen Mittelstand verzeihen, wenn er dieser Magistratsauffassung von Bürgerrecht und Bürgerpflicht gegenüber die Geduld verliert? Es ist schon gelegentlich des Stadtbaukommissions vom demokratischen Stadtverordneten Minner und auch von anderer Seite diese Art von Magistrats-Ausrottung als unentzerrlicher Mißstand und als mittelbare Ursache der bei der Stadtbau betriebenen Vorklarrheit bloßgestellt worden. Seht hal es auch, das geht aus der Schrift des Mitteldeutschen Handwerkerbundes hervor, der bürgerliche Steuerzahler fällt. Und wie man die Dinge aufseht, das

Stärkt die Demokratie!
Wer dem Vaterlande nützen will, für Einigkeit, Recht und Freiheit eintritt, der reißt zur gemeinsamen Arbeit allen Gleichgesinnten die Hand.
Zur Aufnahme meldet sich:
Name: _____
Vorname: _____
Verf: _____
Wohnort: _____
Straße: _____ Nr. _____
Bemerkungen: _____
Ausgefüllt einzufenden an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21,
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. — Preis: 50 Cent pro Stück. — Bestellungen nehmen alle politischen Vereine, Verleger und Buchhändler entgegen. — Druck: über Grottel und Straube, Leipzig, Gutenbergstraße 21, entgeltlich.

Einzelnenpreis: Für die schneefreie Winterzeit 10 Mark. — Anzeigen im Anhang: 1 Mark. — Anzeigen im Hauptteil: 2 Mark. — Druck: über Grottel und Straube, Leipzig, Gutenbergstraße 21, entgeltlich.

Nummer 42

(Halle S.), 16. Oktober 1926

2. Jahrgang

Wirtschaftsverflechtung.

Zickzackkurs und klare Linien — Das Gleichgewicht — Rußland und die Entente — Der alte Poincaré — Artikel 10 — Der Eisenpakt — Die Aussprache in Rom — Zollpolitik und Schuldenregulierung — Der Kampf um die Macht in Moskau — Die Haltung des Weissen Hofes — Um die Eisenbahnen — Grozzügige Lösung — Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet — Generalrevision der Rheinland-Ordnungen — Große Koalitionen in Preußen? — Moralische Eroberungen der Republik — Die preußischen Richter — Der Rücktritt Seckts.

Die Politik eines zerbrochenen Staatswesens wird von anderen Gesetzen bestimmt, als die einer aufstrebenden Macht. An und für sich ist eine klare Linie vorzuziehen als jener Zickzackkurs, der das Kennzeichen der wüßlerischen und Willkürlichen Herrschaft ist. Der Herrscher, Begier auseinander zu halten, ohne sich allzu eng an den einen oder anderen zu binden, ist selten glücklich. Die Katastrophe von 1918 ist nicht zuletzt die Folge jener Taktik, die zwischen Rußland und England nicht wählen wollte und schließlich sich eines Tages beiden gegenüber sah, obwohl das in der Berliner Weisheit vom Minister bis zum letzten Legationsrat beinahe für ausgemacht erklärt worden war. Auch Bismarck ist auf die Dauer solchen Klärungen nicht ausgewichen. Er hat das Bündnis mit Österreich geschlossen, das dann durch Italien zum Dreieck ergänzt wurde, allerdings, begleitet von dem Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Man überschätzte ihn heute, weil der große Kanzler im Casus belli die Kündigung für einen Nachschuß erklärt hat. Nur hatte Caprioli vielleicht doch recht, als er sich selbst für nicht befähigt genug hielt, um „Das Spiel mit den fünf Kugeln“ fortzusetzen.

Ganz anders ist die Lage, wenn man waffenlos ist, und nur das eine Interesse hegen darf, seinen Wiederaufbau angefangen vorzunehmen. Heute wäre eine Entscheidung geradezu verhängnisvoll, denn es würde uns vorzüglich sehr bald zum Schlachtfeld machen, oder in ein Kollisionsverhältnis zu irgendeiner, bis in die Jahre gereichten Großmacht bringen. Deutschland kann nicht optieren. Das war schon der Grundgedanke, als man die Loslösungspolitik durch den Handels- und Freundschaftsvertrag mit Rußland ergänzte. Es gilt genau so von unserer Verdrängung mit Frankreich, die noch im Werden begriffen und nicht gegen Frankreich gerichtet ist. Schon das alleine würde verhängnisvoll, wenn es nicht auf eine Karte zu wagen. Wir haben gelegentliche Versicherungen Poincarés, so erst in den letzten Tagen in Straßburg, die bezeichnend stimmen müssen. Also traglich werden wir sie nicht nehmen, denn bisher hat sich gezeigt, daß die Entwicklung stärker ist als wir und daß er sie am meisten dann förderte, wenn er sie, wie beim Ruhrstreik, endgültig zu zerlegen wählte. Auch seine Versicherung, Frankreich werde vor den in Friedensverträge festgesetzten Terminen die Räumung der beiden Rheinlandzonen nicht vornehmen, kann, wenn sie wirklich so gefallen ist, wie Journal fe wiederholt, lediglich die deutsche Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen vermindern, aber nicht die Räumung auf die Dauer aufhalten, da sie uns im Artikel 10 der Weiserbundsakte ausdrücklich zugesichert ist. Es kann sich nur darum handeln, ob man in Paris mit einer großen Geste den Verdrängungswillen untertreibt, oder es auf einen diplomatischen Kampf vor dem Forum des Völkerbundes ankommen läßt.

Die Entwicklung selbst wird dadurch nicht abgehoben. Die Politik ist meist die Führerin, muß aber doch von Zeit zu Zeit der Wirtschaft die Führung abtreten. Namentlich in Zeiten der Krisen auf finanziellen und kommerziellen Gebiet. Wenn die deutschen und französischen Schwerindustriellen mit den belgischen und luxemburgischen den Eisenpakt schließen, so bedeutet das auch eine starke Unterbrechung jener Vereinbarungen, die in Leipzig getroffen worden sind. Der Generaldirektor Böger hat ganz recht, wenn er erklärt, die Voraussetzung zum Abschluß des Paktes sei gewesen, daß er politische Folgen habe. Wie weit die Industrie in Frankreich ihren Willen auch politisch zur Geltung bringen kann, läßt sich nicht abschätzen, aber zweifellos wird sie eine starke richterliche für den Abschluß der deutsch-französischen politischen Verhandlungen. Eine Gefahr bestand allerdings: Die einer internationalen Wirtschaftspolitik mit beiderseitiger gegenseitigen England. Was wir oben von der Politik gesagt haben, gilt auch von wirtschaftlichen Verhandlungen. Aufschluß ist gebunden, auch hierin zu launieren. Nach wirtschaftlich kann es zu einem Schlachtfeld werden. Deshalb war es von ausschlaggebender Bedeutung, daß gewisse Anregungen, die Dr. Stresemann nach Mittelungen an Döhrer schon in Locarno Chamberlain gegenüber gegeben hatte, in der Zwischenzeit weiter verfolgt wurden. Gerade weil London den Beitritt zum Eisenpakt ablehnte, wurde der Versuch gemacht werden, irgendeine industrielle Idee über den Kanal hinwegzuspinnen. Die Zusammenkunft in Rom hat scheinbar mit keinem Ergebnis ge-

endet, wenn man nicht die Tatsache dieser Zusammenkunft schon als ein Ergebnis bezeichnen will.

Ueber die Einzelheiten sind wir nicht unterrichtet, wir können nur aus den Andeutungen einiger Blätter, namentlich des Journal Industrielle gewisse Schlussfolgerungen ziehen. Danach handelt es sich nicht nur um abschließliche Vereinbarungen auf rein industriellem Gebiet, wie Stahl, Eisen, Kohle, Textilien, Chemikalien, sondern auch um die allgemeine Zollpolitik und die großen Finanzfragen, die mit der Schuldentilgung und dem Darlehen zusammenhängen. Wenn das richtig ist und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, so erstrebt man einen Pakt, wenn auch vielleicht nicht formal, der eine europäische Interessengemeinschaft bedeuten würde. Namentlich zwei Völkern gegenüber, Rußland und den Vereinigten Staaten. Auch die russischen Beziehungen haben in Rom eine Rolle gespielt, doch scheint uns diese Frage noch nicht aktuell zu sein. Solange das Handelsmonopol besteht, ist eine wirkliche Ausnutzung der russischen Bodenschätze nicht möglich. Wahrscheinlich befindet sich das Monopol bereits im Zustand der Verfallstimmung, und es kann entschieden werden, wie auf der großen Parteitagung der russischen Bolschewiken der Kampf zwischen Stalin und der Opposition verdrängenden Richtung, so wohl Tracht, wie Sinowjew, endet. Vorläufig scheidet Rußland für den europäischen Handel im wesentlichen aus.

Anders liegen die Dinge mit Amerika. Das Weissen Haus ist klar und folgerichtig der alten Welt nicht immer ganz harmonisch günstig gegenüber, ohne ihm politisch zu stellen. Amerika will einen engeren Zusammenhalt erzwingen, um einmal in der Frage vorwärts zu kommen, sobald ein zahlungsunfähiger Käufer und Schuldner Genossenschaft zu bekommen. Es liegt eine Linie der bisherigen Politik des Präsidenten, wenn eine Aufhebung der deutschen Eisenbahn nicht ratifiziert worden ist. Wenn die russische Art vor sich gegangen sein wird, die Haus die deutsche Anleihe zuzulassen, ohne welche Regierungsgarantie zu übernehmen das würde voraussetzungslos genügen. Weshalb jetzt die Erörterungen, die eine Lösung des Problems bezwecken. Es ist nicht leicht, sich sprechenden Versicherungen amerikanischer Bankiers ein Bild zu machen. Benutzt selbst noch nicht einig. Man hat auch drüber und Volksstimmungen zu rechnen und ist zwei Monate vor einer Volksentscheidung heisses Eisen anzufassen. Die Hoffnungen

Thoiry wären die Zwischenfälle im besetzten Gebiet nicht so verhängnisvoll von beiden Seiten behandelt worden, sondern hätten zu schweren Verhandlungen und neuen Zwischenfällen geführt. Auch daß der Plan einer Generalrevision der Rheinland-Ordnungen von der internationalen Rheinlandkommission der Reichsregierung zur Prüfung zugeleitet wurde, ist ein Fortschritt, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Schon deshalb muß die Politik weiter verfolgt werden. Erweitert ein Abweichen von dieser Linie könnte verhängnisvoll werden, weil es uns als verhandlungsunfähig und schwach erscheinen ließe. Deshalb können nur Parteien für eine Regierungsbildung in Frage, die auf dem Boden von Locarno und Genf stehen.

Im Augenblick ist diese Frage im Reich nicht akut, wohl aber in Preußen. Vorverhandlungen, oder besser gesagt, Vorüber, haben in den letzten Tagen eine gewisse Geneigtheit beim Zentrum und den Demokraten gezeigt, die Volkspartei wieder in die Koalition aufzunehmen, nachdem von dieser Seite ein entsprechender Wunsch geäußert worden ist. Die Sozialdemokratie sperrt sich allerdings, aber wohl weniger aus Grund als aus Taktik. Sie möchte einmal in Preußen erst die Entente in die Szene bringen, d. h. die notwendig gewordenen Personalveränderungen ohne volksparteiliche Einflüsse in ihrem Sinne regeln, und sodann auch im Reich die große Koalition durchziehen. Gegen die zweite Forderung wird man einseitige Bedenken nicht erheben können, sobald die Mitverantwortung bereit ist. Die finanzielle Grundlage wurde ja durch die Umwälzung zur Mitarbeit notwendig. Wir haben das gefürchtet, was, sogar weniger, die Volkspartei selbst, als vom Zentrum, das sich begründeten Anspruchs nicht mindern könnte. Wir denken daran, untergeordnete Stellen, sondern an

am heute ihren Anhänger gegen den Republik unterstreichen. Sie sie dabei im Umde gehalt hat. Ein Teil ihrer Angehörigen tief schätzbar, sondern auch wirtschaftlich, da es sich im großen und ganzen handelt, wie bei der Deutschmarke hat die Republik große moralische. Bei der Reichsmarkung, wie wir an einige man sich auf eine Verfassungstreue besinne, und selbst Mitglieder haben scheinbar zugeguckt, aber war es, daß auch der preußischen Kaiserler Tagung sich einen Boden der gegebenen Aufgaben eine Versicherung über den Nachgeben fand, stellen sie doch eine Verantwortung dar, die ja zu dem Disziplinär verhalten geführt haben.

An die Forderung der Republik zu erkennen, braucht man nur an den Rücktritt des Generalobersten von Seckt zu erinnern. Sein Ausschcheiden ist dauerhaft, weil es sich um eine Persönlichkeitsfrage handelt, deren große militärische Fähigkeiten allgemein anerkannt wurden und der damals sein Kampfrang ganz zweifellos ein Hauptverdienst an der russischen Expedition des Abenteurers hatte. Trotzdem war seine Demission unabweislich, da er den Wärmesinger Vorgang mit seinem Namen gedeckt hätte. Vor drei Jahren hätte sich noch ein Sturm erhoben, wenn man aus diesem Allotria Seckt entfernt hätte. Heute gab es nur einen Vorschlag von ganz geringem Ausmaß, beinahe nur ein Pfläcker. Auch die Entscheidung der Fürstentum in Preußen ist ein Beweis fortgeschrittener Entwicklung. Daß nicht mehr herabzuholen war, ist die Schuld der Sozialdemokraten, die die Frage beim Volksentscheid falsch gestellt hatten. Wären sie bei ihrem ursprünglichen Antrag geblieben, statt den Kommunisten nachzuliegen, die ihnen dafür mit Brügel im Landtag dankten, so wäre ein glatter Sieg erfolgt worden, der dem deutschen Volke viele Millionen erspart hätte. Im ganzen aber läuft die Entwicklung gradlinig fort, und wir haben keinen Anlaß, die Deutschnationalen zu beneiden, die sich immer von neuem in Sachgassen verrennen.

Richard May.

Werbung neuer Mittel
und
Verbreitung unserer Wochenchrift
ist die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.
Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

dahin, daß ein allgemeiner Schuldenerlös, oder wenigstens Nachlaß, eintritt, der dann in gleichem Maße Frankreich, Belgien, Italien oder England, auch Deutschland zugute kommen würde.

Die äußere Politik des Reiches ist klar vorgezeichnet. Mit raschen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Das muß immer betont werden, weil sonst Enttäuschungen unabweislich sind. Ein Abschluß der Verhandlungen, die sich an Thoiry angeschlossen haben, kann noch Monate auf sich warten lassen. Trotzdem wäre es völlig verfehlt, diese Politik, übrigens die einzige, die wir überhaupt treiben können, als unfruchtbar zu bezeichnen. Das war sie selbst dann nicht, wenn sie zum Schluß scheitern sollte. Wor

